



Bastfaserkontor Aktiengesellschaft Berlin

GESCHÄFTSBERICHT über das Geschäftsjahr 2005/2006

Bastfaserkontor Aktiengesellschaft

Kurfürstendamm 199
10719 Berlin

Vorstand und Verwaltung:

Rahlau 88-90
22045 Hamburg
Telefon: (040) 66 988 411
Telefax: (040) 66 988 406

Bastfaserkontor Aktiengesellschaft Berlin

ISIN : DE0005169106 / DE000516910

EINLADUNG ZUR HAUPTVERSAMMLUNG

Hierdurch laden wir unsere Aktionäre ein
zur 81. ordentlichen Hauptversammlung am

**14. September 2006
11.00 Uhr**

**Swissôtel Berlin
Augsburger Strasse 44
10789 Berlin
Raum „Lüpertz“**

TAGESORDNUNG:

- 1. Vorlage des festgestellten Jahresabschlusses für das Geschäftsjahr 2005/2006 mit dem Bericht des Aufsichtsrats**
- 2. Beschlussfassung über die Verwendung des Bilanzgewinns**

Vorstand und Aufsichtsrat schlagen vor, den Bilanzgewinn von € 60.330,00 wie folgt zu verwenden:

Ausschüttung einer Dividende von € 1,25
je Stamm- und Vorzugsaktie entsprechend

5% Dividende	€	11.850,00
Einstellung in andere Gewinnrücklagen	€	40.000,00
Vortrag auf neue Rechnung	€	8.480,00

- 3. Beschlussfassung über die Entlastung des Vorstands für das Geschäftsjahr 2005/2006**

Aufsichtsrat und Vorstand schlagen vor, den Vorstand zu entlasten.

- 4. Beschlussfassung über die Entlastung der Mitglieder des Aufsichtsrats für das Geschäftsjahr 2005/2006**

Vorstand und Aufsichtsrat schlagen vor, den Aufsichtsrat zu entlasten.

5. Wahlen zum Aufsichtsrat

Die Amtszeit der Mitglieder des Aufsichtsrats endet mit Ablauf der Hauptversammlung am 14. September 2006.

Der Aufsichtsrat schlägt der Hauptversammlung vor, als Vertreter der Aktionäre in den Aufsichtsrat wiederzuwählen:

- Dr. Susanne Frieß, Rechtsanwältin, Dresden
- Jutta Breu, Kaufmännische Angestellte, Berlin
- Hans Günter Kunst, Geschäftsführender Gesellschafter, Wenzel & Hoos GmbH, Lauterbach

Nach §§ 96 Abs. 1 AktG und 8 Abs. 1 der Satzung setzt sich der Aufsichtsrat gegenwärtig aus drei Vertretern der Aktionäre zusammen. Die Hauptversammlung ist an Wahlvorschläge für die sämtlich von ihr zu wählenden Mitglieder des Aufsichtsrats nicht gebunden.

6. Beschlussfassung über Satzungsänderungen zur Einberufung und zum Teilnahme-recht an der Hauptversammlung

Durch das am 01. November 2005 in Kraft getretene Gesetz zur Unternehmensintegrität und Modernisierung des Anfechtungsrechts (UMAG) sind unter anderem die Regelungen des § 123 AktG über die Einberufung der Hauptversammlung sowie über die Berechtigung der Aktionäre zur Teilnahme an der Hauptversammlung geändert worden. Durch die Neuregelung ist insbesondere die Hinterlegung der Aktien vor der Hauptversammlung für den Nachweis der Berechtigung zur Teilnahme oder Stimmrechtsausübung nicht mehr erforderlich. Zur Legitimation von Inhaberaktionären ist nunmehr der Nachweis des Anteilsbesitzes durch das depotführende Institut ausreichend. Der Nachweis hat sich auf einen Stichtag, den so genannten Record Date, zu beziehen. Zudem kann die Satzung vorsehen, dass die Aktionäre sich vor der Hauptversammlung anmelden müssen. Außerdem wurde durch das UMAG die Frist für die Einberufung der Hauptversammlung geändert. Die Satzung soll an die geänderten rechtlichen Rahmenbedingungen angepasst werden.

Vorstand und Aufsichtsrat schlagen daher vor, zu beschließen:

§ 12 Abs. 1-3 werden durch folgenden Absatz ersetzt:

„Die Hauptversammlung findet am Sitz der Gesellschaft oder am Sitz einer deutschen Wertpapierbörse statt. Die Hauptversammlung wird durch den Vorstand oder durch den Aufsichtsrat unter Einhaltung der gesetzlich vorgesehenen Frist einberufen.“

§ 13, Abs. 1 und 2 werden durch folgenden Absatz ersetzt:

„Zur Teilnahme an der Hauptversammlung und zur Ausübung des Stimmrechts sind nur diejenigen Aktionäre berechtigt, die sich zur Hauptversammlung angemeldet und der Gesellschaft ihren Aktienbesitz, bezogen auf den Beginn des 21. Tages vor der Hauptversammlung, nachgewiesen haben. Zum Nachweis genügt eine in Textform erstellte Bescheinigung des depotführenden Institutes über den Aktienbesitz. Die Anmeldung und der Nachweis des Anteilsbesitzes müssen der Gesellschaft bis spätestens am 7. Tag vor der Hauptversammlung unter der in der Einberufung hierfür mitgeteilten Adresse zugehen. Die Gesellschaft ist berechtigt, bei Zweifeln an der Richtigkeit oder Echtheit des Nachweises einen geeigneten weiteren Nachweis zu verlangen. Die Fristen sind jeweils vom Tag der Hauptversammlung, der nicht mitzählt, zurückzurechnen.“

7. Beschlussfassung über eine Satzungsänderung zur Ermächtigung des Versammlungsleiters, das Frage- und Rederecht der Aktionäre zeitlich angemessen zu beschränken

Das Gesetz zur Unternehmensintegrität und Modernisierung des Anfechtungsrechts (UMAG) hat außerdem eine Änderung der Vorschriften über die Befugnisse des Versammlungsleiters eingeführt. Danach kann die Satzung den Versammlungsleiter ermächtigen, das Frage- und Rederecht der Aktionäre zeitlich angemessen zu beschränken. Die Satzung soll nunmehr diesen Gesetzesänderungen angepasst werden.

Vorstand und Aufsichtsrat schlagen vor, zu beschließen:

§ 15, es wird folgender Absatz 5 hinzugefügt:

(5) „Der Vorsitzende kann eine angemessene Beschränkung der Redezeit, der Fragezeit oder der zusammen genommenen Rede- und Fragezeit für den ganzen Hauptversammlungsverlauf, für einzelne Gegenstände der Tagesordnung und für einzelne Redner und Fragesteller zu Beginn oder während des Verlaufs der Hauptversammlung festlegen sowie, soweit dies für eine ordnungsgemäße Durchführung der Hauptversammlung erforderlich ist, den Schluss der Debatte anordnen.“

8. Beschlussfassung über Bekanntmachungen der Gesellschaft

Vorstand und Aufsichtsrat schlagen vor, zu beschließen:

§ 3 der Satzung wird wie folgt neu gefasst:

„Nach Gesetz oder Satzung notwendige Bekanntmachungen der Gesellschaft erfolgen im elektronischen Bundesanzeiger. Sofern gesetzlich zwingend eine andere Bekanntmachungsform erforderlich ist, tritt an die Stelle des elektronischen Bundesanzeigers diese Bekanntmachungsform.“

9. Beschlussfassung über die Zustimmung zum Abschluss eines Vertrages über die Veräußerung der Immobilie Kurfürstendamm 199, 10719 Berlin, zu einem Mindestverkaufspreis von € 11.000.000

Die Bastfaserkontor AG beabsichtigt, die in der Bilanz zum 30. Juni 2005 mit einem Buchwert von € 1.276.374 ausgewiesene Immobilie am Kurfürstendamm 199, 10719 Berlin, zu einem Mindestverkaufspreis von € 11.000.000 zu veräußern. Der Grund für die beabsichtigte Veräußerung ist ein voraussichtlich deutlich über dem Wert eines Verkehrswertgutachtens liegender Veräußerungserlös. Dem vorgesehenen Mindestverkaufspreis liegt eine mindestens 15fache Nettjahresmiete zugrunde. Der Vorstand hat von der Möglichkeit Gebrauch gemacht, gemäß § 119 Abs. 2 AktG die Zustimmung der Hauptversammlung zu beantragen. Vorstand und Aufsichtsrat schlagen vor zu beschließen:

„Die Hauptversammlung stimmt der Veräußerung der Immobilie am Kurfürstendamm 199, 10719 Berlin, zu einem Mindestveräußerungspreis in Höhe von € 11.000.000 an einen potentiellen, vom Vorstand auszuwählenden Erwerber zu. Der Vorstand ist ermächtigt, die Einzelheiten des Grundstücksverkaufs auszuhandeln.“

Der Vorstand der Bastfaserkontor AG hat zu Tagesordnungspunkt 9 einen Bericht erstattet, in dem die Veräußerung der Immobilie am Kurfürstendamm 199, 10719 Berlin, rechtlich und wirtschaftlich erläutert und begründet und der wie folgt mit seinem wesentlichen Inhalt bekannt gemacht wird:

Bericht des Vorstands an die Hauptversammlung zu Punkt 9 der Tagesordnung

Der vom Vorstand erbetenen Zustimmung der Hauptversammlung zum Verkauf der Immobilie am Kurfürstendamm 199, 10719 Berlin, die in dem vorgelegten Jahresabschluss für das Geschäftsjahr 2005/2006 mit einem Buchwert von € 1.276.374 ausgewiesen ist, liegen die folgenden wirtschaftlichen Erwägungen zugrunde:

1. Wirtschaftlicher Hintergrund der beabsichtigten Veräußerung und Marktsituation

Der Vorstand ist zur Überzeugung gekommen, dass aus Vermietersicht am Berliner Immobilienmarkt mittelfristig Mietsteigerungen nicht zu erzielen sein werden. Dies gilt insbesondere auch für die selbst gute Lage unserer Immobilie am Kurfürstendamm.

Vor diesem Hintergrund und im Hinblick auf die erheblichen Investitionen der Gesellschaft in diese Immobilie in der jüngsten Vergangenheit hält der Vorstand den gegenwärtigen Zeitpunkt für günstig, bei sich bietender vorteilhafter Gelegenheit, die Immobilie zu verkaufen. Eine solche Möglichkeit ist jetzt absehbar, weil insbesondere ausländische Investoren mit sehr langfristiger Perspektive in den Berliner Immobilienmarkt investieren und hierbei sehr gute Kaufpreise bieten.

2. Kriterien für die Preisermittlung

Grundlagen für den vorgeschlagenen Mindestveräußerungspreis in Höhe von € 11 Mio sind folgende:

a) Verkehrswertgutachten

Der Vorstand hat im vergangenen Jahr ein Verkehrswertgutachten einer deutschen Hypothekenbank über den Verkehrswert erstellen lassen, welches auf der Basis einer 15,5-fachen Jahresrohmiete zu einem Verkehrswert von rund € 10 Mio kommt.

b) Aktuelle Kaufangebote

Aus dem Markt sind dem Vorstand von Interessenten bereits ernsthafte Angebote für unsere Immobilie unterbreitet worden, die in der Größenordnung des vorgeschlagenen Mindestveräußerungspreises lagen.

Der Vorstand möchte auf der Grundlage dieses Zustimmungsbeschlusses eine sich bietende Gelegenheit nutzen können, über ein noch über dem Mindestveräußerungspreis liegendes Preisangebot zu verhandeln und die Veräußerung der Immobilie zum Abschluss bringen zu können.

Vom Tage der Einberufung der Hauptversammlung an werden der Jahresabschluss 2005/2006, der Lagebericht der Bastfaserkontor AG sowie der Bericht des Aufsichtsrats in den Geschäftsräumen der Bastfaserkontor AG, Rahlau 88-90, 22045 Hamburg, zur Einsicht der Aktionäre ausliegen. Auf Verlangen wird jedem Aktionär kostenlos eine Abschrift der vorbezeichneten Unterlagen erteilt. Die vorbezeichneten Unterlagen werden auch während der Hauptversammlung zur Einsicht der Aktionäre ausliegen und vom Tage der Einberufung der Hauptversammlung an im Internet unter www.bastfaser.de zugänglich gemacht.

Teilnahmeberechtigung

Zur Teilnahme an der Hauptversammlung und zur Ausübung des Stimmrechts sind nur diejenigen Aktionäre berechtigt, die ihre Aktien bis spätestens **7. September 2006** bei der Gesellschaft, bei einem deutschen Notar, bei einer Wertpapiersammelbank oder bei einer der nachfolgenden Hinterlegungsstellen hinterlegen und bis zur Beendigung der Hauptversammlung dort belassen:

Hinterlegungsstellen sind:

Berlin: - Kasse der Gesellschaft: 10719 Berlin, Kurfürstendamm 199
- Deutsche Bank AG, Berlin
Bielefeld: - Deutsche Bank AG, Bielefeld

Die Hinterlegung kann auch in der Weise erfolgen, dass Aktien mit Zustimmung einer Hinterlegungsstelle für diese bei einer Bank bis zur Beendigung der Hauptversammlung im Sperrdepot gehalten werden. Erfolgt die Hinterlegung nicht bei der Gesellschaft, so bitten wir die Anzeige der Aktionäre über die Hinterlegung in der Weise zu belegen, dass die Hinterlegungsbescheinigung oder ein Doppel spätestens bis 7. September 2006 bei der Gesellschaft eingereicht wird.

Die Aktionäre können ihr Stimmrecht in der Hauptversammlung auch durch Bevollmächtigte, z.B. die depotführende Bank, eine Aktionärsvereinigung oder andere Personen ihrer Wahl ausüben lassen. Vollmachten müssen schriftlich übermittelt werden.

Gegenanträge / Wahlvorschläge

Gegenanträge von Aktionären gemäß § 126 Abs. 1 AktG oder Wahlvorschläge von Aktionären gemäß § 127 AktG bitten wir ausschließlich an folgende Adresse zu übersenden:

Bastfaserkontor AG
Der Vorstand
Rahlau 88-90
22045 Hamburg
Telefax: (040) 66 988 406

Anderweitig adressierte Anträge können nicht berücksichtigt werden. Wir werden eventuelle Gegenanträge oder Wahlvorschläge von Aktionären, die bis spätestens zwei Wochen vor dem Tag der Hauptversammlung unter der oben genannten Adresse eingehen, im Internet unter www.bastfaser.de zugänglich machen. Etwaige Stellungnahmen der Verwaltung werden wir ebenfalls unter dieser Internetadresse veröffentlichen.

Berlin, im August 2006

DER VORSTAND

AUFSICHTSRAT

Dr. Susanne Frieß
Dresden

Vorsitzende

Hans-Günter Kunst
Lauterbach

Stellv. Vorsitzender

Jutta Breu
Berlin

VORSTAND

Werner Harder
Hamburg

Bericht des Aufsichtsrats

Der Aufsichtsrat hat sich in den insgesamt drei Sitzungen des Geschäftsjahres 2005/2006 über die Lage und die Entwicklung der Gesellschaft informiert. Die Vorlagen des Vorstands wurden jeweils sorgfältig geprüft und ausführlich diskutiert. Soweit Maßnahmen des Vorstands der Zustimmung des Aufsichtsrats bedurften, wurden entsprechende Beschlussvorlagen gebilligt und verabschiedet.

Der Vorstand hat den Aufsichtsrat über wichtige Vorgänge und zu treffende Maßnahmen auch außerhalb der Sitzungen informiert. Hierzu gehörten auch die sich ergebenden Veränderungen zur Jahresplanung. Über die Entwicklung des Wertpapierdepots hat sich der Aufsichtsrat regelmäßig nach Vorlagen des Vorstands informiert.

An der Immobilie am Kurfürstendamm in Berlin wurden auf Antrag des Vorstands Reparaturaufwendungen für die Fassadenerneuerung abgeschlossen. Der Aufsichtsrat begrüßt den heute attraktiven Zustand des Gebäudes.

Die ihm nach Gesetz und Satzung obliegenden Aufgaben hat der Aufsichtsrat wahrgenommen und die Geschäftsführung der Gesellschaft laufend überwacht.

Nach dem abschließenden Ergebnis seiner Prüfung hat der Aufsichtsrat in der Aufsichtsratssitzung vom 31. Juli 2006 keine Einwendungen zum Jahresabschluss 2005/2006. Der Jahresabschluss ist damit festgestellt.

Berlin, den 31. Juli 2006

Die Vorsitzende
des Aufsichtsrats

Dr. Susanne Frieß

Jahresabschluss und Lagebericht für das Geschäftsjahr 2005/2006

LAGEBERICHT 2005/2006

Gliederung:

1. Geschäfts- und Rahmenbedingungen
2. Ertragslage
3. Finanzlage
4. Vermögenslage
5. Nachtragsbericht
6. Risikobericht
7. Prognosebericht

1. Geschäfts- und Rahmenbedingungen

Die Geschäftstätigkeit der Bastfaserkontor AG besteht unverändert in der Vermögensverwaltung. Hierzu gehört eine Immobilie am Kurfürstendamm 199 in Berlin in einer 1a-Geschäftslage, 5-geschossig, mit einer Gebäude- und Freifläche von rd. 1.600 m². Es werden 4 Ladengeschäfte mit 381 m² und Büro- und Gewerbeflächen mit insgesamt 2.351 m² vermietet.

Im Anlagevermögen werden darüber hinaus Wertpapiere gehalten.

Auf beiden Geschäftsfeldern ist die Optimierung der Erträge bei ständiger Beobachtung der Kapital- und Immobilienmärkte Bestandteil unserer Unternehmensstrategie.

Die Entwicklung unserer Ergebnisse ergibt sich aus den wichtigsten Kennzahlen im Mehrjahresvergleich wie folgt:

Geschäftsjahr vom 1. Juli bis 30. Juni	2005/ 2006	2004/ 2005	2003/ 2004	2002/ 2003	2001/ 2002
(T€)					
Umsatzerlöse	759	832	836	833	797
Ergebnis Finanzanlagen	73	48	7	-11	738
Jahresüberschuss	112	277	351	324	777
Bilanzgewinn	60	151	181	171	406
Eigenkapital	2.031	1.932	1.667	1.482	1.168
Dividende	5%	5%	5%	70%	4%
Dividende pro Aktie	1,25 €	1,25 €	1,25 €	17,50 €	1,00 €

2. Ertragslage

Die Ertragslage im vorliegenden Abschluss ist im Vergleich zum Vorjahr nicht befriedigend. Dies ergibt sich einerseits aus gesunkenen Umsatzerlösen aus der Vermietung unserer Immobilie, andererseits haben wir den zweiten Teil von Sanierungsmaßnahmen an der Außenfassade der Immobilie am Kurfürstendamm planmäßig fortgesetzt. Zusätzlich war wegen Mieterwechsel weiterer Aufwand für die Grundsanierung von zwei Büroeinheiten für die Neuvermietung erforderlich.

Im vorliegenden Abschluss sind hieraus insgesamt aufwandswirksam T€ 370 enthalten. Bereinigt um diesen einmaligen Mehraufwand lagen die übrigen Aufwendungen unter Vorjahr.

Die Erträge aus Wertpapieren konnten gegenüber dem Vorjahr verdoppelt werden und betreffen Dividenden für die im Depot gehaltenen Aktien.

Wir haben einen Jahresüberschuss von € 111.515 (Vj.: € 276.532) erzielt. Nach Einstellung in andere Gewinnrücklagen von T€ 55 und mit dem Gewinnvortrag aus dem Vorjahr wird ein Bilanzgewinn von € 60.330 ausgewiesen.

3. Finanzlage

Im Finanzmanagement sichern wir die Liquidität der Gesellschaft.

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten bestehen im Vergleich zum Vorjahr mit T€ 2.326 unverändert. Hierbei handelt es sich um eine zinsgünstige Refinanzierung von Teilen unseres Wertpapierdepots durch Wertpapierpensionsgeschäfte.

Die im Berichtsjahr letztmalig hohen Sanierungsaufwendungen konnten aus dem Cashflow gedeckt werden.

Die Liquidität der Gesellschaft ist unverändert gesichert.

4. Vermögenslage

Dem Gesamtvermögen auf der Aktivseite stehen ein Eigenkapital von T€ 2.031 und kurzfristigen Schulden von T€ 2.342 gegenüber. Hierbei ist zu berücksichtigen, dass in den Bilanzansätzen für die Immobilie und im Wertpapierdepot stille Reserven bestehen. Der Marktwert unserer Immobilie ist nach den jetzt abgeschlossenen Sanierungen gestiegen.

5. Nachtragsbericht

Wichtige Vorgänge nach Schluss des Geschäftsjahres haben sich nicht ergeben.

6. Risikobericht

Wir sehen in unserem langfristig angelegten Engagement in Wertpapieren keine substanzgefährdenden Risiken. Außerdem können wir auf Marktveränderungen jederzeit und flexibel reagieren.

Für die künftige Entwicklung der Gesellschaft sehen wir aus unserer geschäftlichen Tätigkeit keine Ausfall- und Liquiditätsrisiken.

7. Prognosebericht

Nach Abschluss der in den beiden letzten Geschäftsjahren erfolgten Mehraufwendungen zur Qualitätsverbesserung unserer Immobilie erwarten wir im Geschäftsjahr 2006/2007 wieder ein zufriedenstellendes Ergebnis.

Bei den Mieterträgen werden wir in den nächsten beiden Jahren nur das derzeitige Niveau halten können. Die Neuvermietung bei auslaufenden Verträgen zu angemessenen Mieten wird durch noch hohen Leerstand im Umfeld weiter schwierig sein. Dies gilt auch bei Ausübung von Optionen zur Vertragsverlängerung.

Berlin, den 13. Juli 2006

Der Vorstand
Werner Harder

Bilanz zum 30. Juni 2006

AKTIVA

	30.06.2006	30.06.2006	30.06.2005
	€	€	€
A. Anlagevermögen			
I. Sachanlagen			
1. Grundstücke und Bauten	1.239.678		1.276.374
2. Betriebs- und Geschäftsausstattung	13.666		16.797
		1.253.344	1.293.171
II. Finanzanlagen			
Wertpapiere des Anlagevermögens		2.936.229	2.936.229
B. Umlaufvermögen			
I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände			
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	36.587		58.810
2. Sonstige Vermögensgegenstände	153.737		60.733
		190.324	119.543
II. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten			
		18.778	250
		4.398.675	4.349.193

PASSIVA

	30.06.2006 €	30.06.2006 €	30.06.2005 €
A. Eigenkapital			
I. Gezeichnetes Kapital			
a) 8.280 Stammaktien zu je € 25 Nennwert	207.000		207.000
b) 1.200 Vorzugsaktien zu je € 25 Nennwert	30.000		30.000
		237.000	237.000
II. Kapitalrücklage		5.352	5.352
III. Gewinnrücklagen			
1. Gesetzliche Rücklagen	23.700		23.700
2. Andere Gewinnrücklagen	1.705.000		1.515.000
		1.728.700	1.538.700
IV. Bilanzgewinn		60.330	150.665
		2.031.382	1.931.717
B. Rückstellungen			
1. Steuerrückstellungen	6.200		11.895
2. Sonstige Rückstellungen	7.000		68.000
		13.200	79.895
C. Verbindlichkeiten			
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	2.325.830		2.322.995
2. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	578		9.723
3. Sonstige Verbindlichkeiten	15.505		4.863
davon aus Steuern: € 5.050 (Vj.: € 0)			
davon im Rahmen der sozialen Sicherheit: € 0 (Vj.: € 0)			
		2.341.913	2.337.581
D. Passive Rechnungsabgrenzungsposten		12.180	0
		4.398.675	4.349.193

**Gewinn- und Verlustrechnung
für das Geschäftsjahr 2005/2006**

	2005/2006	2005/2006	2004/2005
	€	€	€
1. Umsatzerlöse		758.501	831.693
2. Sonstige betriebliche Erträge		10.734	11.153
3. Personalaufwand		24.542	24.542
4. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen		39.826	42.035
5. Sonstige betriebliche Aufwendungen		520.858	394.159
6. Erträge aus Wertpapieren des Finanzanlagevermögens		73.039	47.710
7. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	14.109		5.639
8. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	76.074		35.674
		-61.965	-30.035
9. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit		195.083	399.785
10. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag		44.654	94.434
11. Sonstige Steuern		38.914	28.819
12. Jahresüberschuss		111.515	276.532
13. Gewinnvortrag aus dem Vorjahr		3.815	9.133
14. Einstellung in andere Gewinnrücklagen		55.000	135.000
15. Bilanzgewinn		60.330	150.665

ANHANG FÜR DAS GESCHÄFTSJAHR 2005/2006

Vorbemerkung

Der vorliegende Jahresabschluss ist nach den Vorschriften des Dritten Buches des HGB (§§ 238 ff) aufgestellt worden. Die ergänzenden Bestimmungen für Kapitalgesellschaften im Zweiten Abschnitt (§§ 264 ff.) sowie die Vorschriften der §§ 150 ff. AktG wurden beachtet.

Die Gesellschaft ist eine kleine Kapitalgesellschaft im Sinne von § 267 Abs. 1 HGB.

Für die Gewinn- und Verlustrechnung wurde das Gesamtkostenverfahren gemäß § 275 Abs. 2 HGB gewählt.

Allgemeine Erläuterungen

Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Das Sachanlagevermögen wird zu Anschaffungs- oder Herstellungskosten, abzüglich planmäßiger Abschreibungen, die der voraussichtlichen betrieblichen Nutzungsdauer entsprechen, bewertet.

Die Wertpapiere des Finanzanlagevermögens wurden zu Anschaffungskosten bewertet.

Abschreibungen erfolgen planmäßig und soweit zulässig degressiv.

Forderungen werden zu Anschaffungskosten oder zum niedrigeren beizulegenden Wert bewertet.

Bei der Berechnung der Rückstellungen ist allen erkennbaren Risiken angemessen und ausreichend Rechnung getragen.

Bilanzerläuterungen

1. Anlagevermögen

Die Aufgliederung und Entwicklung der in der Bilanz zusammengefassten Anlageposten sind im nachstehenden Anlagenspiegel dargestellt.

Die Grundstücke und Bauten betreffen unsere Immobilie in Berlin, Kurfürstendamm 199. Das Grundstück ist mit einer Grundschuld belastet, die zum Bilanzstichtag nicht valutiert.

Die Wertpapiere des Anlagevermögens bestehen gegenüber Vorjahr unverändert. Gegenüber den Buchwerten ist eine stille Reserve weiter angewachsen.

Entwicklung des Anlagevermögens

	Anschaffungs- und Herstellungskosten				Kumulierte Abschreibungen				Buchwerte	
	01.07.2005 €	Zugänge €	Abgänge €	30.06.2006 €	01.07.2005 €	Abschrei- bungen des Geschäfts- jahres €	Zuschrei- bungen des Geschäfts- jahres €	Abgänge €	30.06.2006 €	30.06.2005 €
I. Sachanlagen										
1. Grundstücke und Bauten	1.977.387	0	0	1.977.387	701.013	36.696	0	0	737.709	1.239.678
2. Betriebs- und Geschäftsausstattung	49.683	0	0	49.683	32.887	3.130	0	0	36.017	13.666
	2.027.070	0	0	2.027.070	733.900	39.826	0	0	773.726	1.253.344
II. Finanzanlagen										
Wertpapiere des Anlagevermögens	2.936.229	0	0	2.936.229	0	0	0	0	0	2.936.229
	4.963.299	0	0	4.963.299	733.900	39.826	0	0	773.726	4.189.573
										4.229.399

2. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände

Bei den Forderungen handelt es sich um Mietrückstände, die vereinbarungsgemäß mittelfristig getilgt werden.

Die sonstigen Vermögensgegenstände betreffen Steuererstattungsansprüche.

3. Eigenkapital

Das Grundkapital beträgt unverändert T€ 237 und ist in 8.280 Stammaktien und 1.200 Vorzugsaktien im Nennbetrag von je € 25 eingeteilt.

Das Eigenkapital ist auf T€ 2.031 (Vj.: T€ 1.932) gestiegen. Aus dem Ergebnis des Geschäftsjahres wurden T€ 55 den anderen Gewinnrücklagen zugeführt.

4. Rückstellungen

4.1 Steuerrückstellungen

Die Steuerrückstellung betrifft Gewerbesteuer für 2006.

4.2 Sonstige Rückstellungen

Die sonstigen Rückstellungen enthalten die Kosten für den Jahresabschluss.

5. Verbindlichkeiten

5.1 Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten

Die Verbindlichkeit besteht aus Wertpapierpensionsgeschäften, mit denen wir Anschaffungskosten für Wertpapiere zinsgünstig refinanzieren.

5.2 Sonstige Verbindlichkeiten

Die sonstigen Verbindlichkeiten enthalten Mietkautionen, Sicherheitseinbehalte und Umsatzsteuer 2006.

6. Passive Rechnungsabgrenzung

Hierbei handelt es sich um Mietzahlungen für Juli 2006.

Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

7. Umsatzerlöse

Die Umsatzerlöse betreffen die Mieterträge und weiterbelastete Mietnebenkosten unserer Immobilie am Kurfürstendamm.

8. Sonstige betriebliche Erträge

Die sonstigen betrieblichen Erträge enthalten überwiegend Skonti und mit € 932 Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen.

9. Sonstige betriebliche Aufwendungen

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen enthalten mit rd. T€ 370 die planmäßig veranschlagten Restkosten für die Fassadenerneuerung am Kurfürstendamm und für die außerplanmäßige Grundsanierung von zwei Büroeinheiten für die Neuvermietung.

10. Erträge aus Wertpapieren des Finanzanlagevermögens

Die Erträge in Höhe von T€ 73 betreffen Dividenden aus Wertpapieren.

11. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge

Zinserträge betreffen kurzfristige Darlehen.

12. Zinsen und ähnliche Aufwendungen

Der Zinsaufwand betrifft überwiegend eine kurzfristige Refinanzierung von Wertpapierkäufen.

13. Steuern vom Einkommen und Ertrag

Enthalten ist überwiegend der Steueraufwand aus dem vorliegenden Ergebnis. Mit rd. T€ 3 sind Steuern für Vorjahre enthalten.

Sonstige Angaben

14. Mitarbeiter

Die Gesellschaft beschäftigt keine Mitarbeiter.

15. Vorschlag über die Verwendung des Bilanzgewinns

Es wird der Hauptversammlung vorgeschlagen, aus dem Bilanzgewinn von € 60.330 € 1,25 pro Aktie bzw. 5% Dividende zu zahlen = € 11.850,00 und € 40.000,00 in andere Gewinnrücklagen einzustellen. Ein Betrag von € 8.480 wird auf neue Rechnung vorgetragen.

16. Organmitglieder

Vorstand

Werner Harder
Hamburg

Aufsichtsrat

Der Aufsichtsrat setzt sich wie folgt zusammen:

Dr. Susanne Frieß
Dresden
Rechtsanwältin

Vorsitzende

Hans-Günter Kunst
Lauterbach
Geschäftsführender Gesellschafter
Wenzel & Hoos GmbH, Lauterbach

Stellv. Vorsitzender

Jutta Breu
Berlin
Kaufm. Angestellte

Der Aufsichtsrat erhielt für das Geschäftsjahr 2005/2006 eine satzungsgemäße Vergütung in Höhe von € 18.000.

17. Gewinnverwendungsbeschluss der Hauptversammlung

Die Hauptversammlung hat mit Beschluss vom 13.09.2005 aus dem Bilanzgewinn des Vorjahres eine Dividendenausschüttung von 5% beschlossen. In die anderen Gewinnrücklagen wurden T€ 135 eingestellt. Der verbleibende Bilanzgewinn von € 3.815,25 wurde auf neue Rechnung vorgetragen.

Weitergehende Angaben für Aktiengesellschaften

Der Kötitzer Ledertuch- und Wachstum-Werke AG, Norderfriedrichskoog, gehören mehr als der vierte Teil der Aktien unserer Gesellschaft.

Berlin, den 13. Juli 2006

Der Vorstand
Werner Harder